# Politische Mitarbeit der Frau unerwünscht

Autor(en): **Derendinger, Gertrud**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Die Staatsbürgerin : Zeitschrift für politische Frauenbestrebungen**

Band (Jahr): **14 (1958)**

Heft 10

PDF erstellt am: **17.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-845249

**Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

**Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

**http://www.e-periodica.ch**

# Politische Mitarbeit der Frau unerwünscht

Kürzlich reichte eine weibliche Person der Freisinnig-demokratischen Partei in Burgdorf ein Aufnahmegesuch ein. Die hierauf erfolgte Ablehnung wurde mit folgenden Worten begründet: „Der Vorstand war schliesslich einhellig der Auffassung, dass es so lange untunlich sei, weibliche Mitglieder aufzunehmen, als im Kanton Bern das Frauenstimm- und -wahlrecht noch nicht eingeführt sei. Wir bedauern deshalb, Ihnen mitteilen zu müssen, dass wir Ihrem an und für sich sehr sympathischen Gesuch nicht entsprechen können".

Ist das nicht ein geradezu unverständlicher Entscheid für eine Parteileitung, die vorgibt, das Frauenstimmrecht zu befürworten? Es ist unbestreitbar, dass wir Frauen vielfach noch keine ausgedehnte, praktische Erfahrung in politischen Dingen haben, weil die Möglichkeit, uns aktiv in der Politik zu betätigen, uns gar nicht gewährt werden will. Wenn wir Frauen eines Tages fähig sein sollen, massgebend an den Geschicken unseres Landes mitzuwirken, können wir den politischen Parteien nicht fern bleiben, und wir sollten uns ein Mindestmass an politischer Erfahrung bereits vor der Einführung des Frauenstimmrechts aneignen, um im richtigen Moment bereit zu sein.

Sicher mag der Gedanke, einer Partei beizutreten, für manche Frauen eher abschreckend sein. Man kann aber in einer politischen Partei mitwirken, ohne stur nur die Parteiinteressen zu verfolgen und das Allgemeinwohl zu übersehen. Der in Frauenkreisen schon öfters ausgedrückte Wunsch, man könnte eine Frauenpartei gründen, ist wohl eine schöne Illusion, die sich nie verwirklichen wird. In all den vielen Ländern, die seit Jahrzehnten das Frauenstimmrecht eingeführt haben, schlossen sich die aktiven Politikerinnen den bestehenden Männerparteien an. Es ist kaum anzunehmen, dass man in unserem eher konservativen Land gänzlich andere Wege gehen würde. Und warum sollten wir nicht von den männlichen Erfahrungen profitieren, die sie in jahrzehntelanger aktiver politischer Tätigkeit gesammelt haben? Uebrigens: es gibt keine Männerpolitik und Frauenpolitik, sondern nur eine gemeinsame Politik. Unser Ziel ist, mit den Männern zu arbeiten und nicht gegen sie.

Wenn eine Partei das Frauenstimmrecht voll und ganz befürwortet, sollte der Zutritt den Frauen nicht verwehrt werden, denn sonst ist diese Befürwortung des Stimmrechts eben nicht echt. Bei obgenanntem Beispiel geht es ja nicht um einen Einzelfall, sondern um eine grundsätzliche Frage.

Vor nicht allzu langer Zeit äusserte ein freisinniger Nationalrat im privaten Gespräch die Befürchtung, die Einführung des Frauenstimmrechts könnte einen allzu starken Zustrom zur Duttweiler-Partei nach sich ziehen. Ich weiss nicht, was sich die Herren Politiker eigentlich einbilden. Glauben sie denn im Ernst, die Frauen sollten sich denjenigen Parteien anschliessen, die sich keine Mühe genommen haben, für die

Fraueninteressen einzustehen? Wo ist denn da die berühmte männliche Logik??? So viel Weitblick muss man doch einem Parteivorstand zutrauen können, dass er sich bewusst ist, dass eine Frau, die in einer Partei einmal abgelehnt wurde, nie mehr, auch in 10 Jahren nicht, ein neues Gesuch stellen wird. Ob da nicht die Interessentinnen — mit Absicht oder aus Kurzsichtigkeit — mit Gewalt in die Arme anderer Parteien getrieben werden?

Vor längerer Zeit einmal habe ich mit einer Gerichtsschreiberin über dieses Thema diskutiert, und ich konnte mich nicht enthalten, in unverblümter und vielleicht etwas naiver Weise mein Erstaunen darüber auszudrücken, dass sie der Sozialdemokratischen Partei angehöre. „Ja glauben Sie denn, dass ich zu einer Partei gehen sollte, die die Frauen überhaupt nicht will?" fragte sie in nicht gerade freundlichem Ton. Ich war damals geradezu entsetzt über diese Erwiderung. Man tritt doch einer Partei nur aus tiefster, innerer Ueberzeugung und nach jahrelanger Ueberlegung bei. Aber je mehr ich mich mit dem Thema befasse, umso mehr kann ich ihren Standpunkt verstehen.

Wir Schweizerfrauen schämen uns, feststellen zu müssen, dass es hauptsächlich die Kommunisten sind, die für unser Stimmrecht einstehen. Und dabei sind es doch vor allem die bürgerlichen und nicht die extremen Parteien, die dem Wesen der Durchschnittsfrau am besten entsprechen. Es wäre endlich einmal an der Zeit, dass auch gewisse andere Parteien zur politischen Mitarbeit der Frau unzweideutig Stellung nehmen würden, und dass man die wirklichen Entscheidungen nicht durch ein paar höfliche Sätze zu umgehen suchte. *Gertrud Derendinger*

---

## „Der Weg ist steinig, aber das Ziel ist klar"

Aus der am Frauenstimmrechtstag in Zürich gehaltenen Ansprache von Herrn Redaktor Peter Dürrenmatt, Basel greifen wir jene Stelle heraus, in der von der Landsgemeinde die Rede ist.

„Gewichtiger ist der Einwand, die Landsgemeinden wären in ihrer Fortdauer gefährdet. Aber auch hier muss daran erinnert werden, dass es nicht unmöglich erscheint, die Landsgemeinde auch unter der neuen Realität des Frauenstimmrechtes beizubehalten. Die Landsgemeinden sind in den letzten Jahrzehnten durch mancherlei Erscheinungen in ihrer Existenz bedroht worden. Aber die überbordende zahlenmässige Grösse war nie unter diesen, sie bedrohenden Ursachen zu finden. Denken wir nur daran, weswegen die Urner im Jahr 1928 ihre Landsgemeinde abgeschafft haben: sie hatten das Vertrauen in die Objektivität der ehrwürdigen Institution verloren. Der Ring wäre noch lange gross genug gewesen.